

## KOMMENTAR

## Pensionen: Der lange Lernprozess

ALFRED PAYRLEITNER über Gemeinwohl, Demokratie und Gruppeninteressen



**E**s lässt sich heute schon mit Sicherheit prophezeien, dass die Pensionsfrage Österreichs Innenpolitik noch viele Jahre beschäftigen wird.

Alles andere ist ungewiss, inklusive der Pensionen selbst. Oder, in der Sprache der Experten: Es könnte leicht sein, dass in zehn Jahren die Welt anders aussieht und dass man dann die Leistungen kürzen oder die Beiträge anheben müsse. So der Fachmann Bernd Marin über „Leistungsgarantien“.

**D**ennoch wird es darum einen permanenten Stimmungskrieg geben. Gerechtigkeits- und Fairnessappelle gegen besorgte Warner. SP-Chef Alfred Gusenbauer (aber auch der schwarze Beamten-Gewerkschafter Fritz Neugebauer) gegen rechnende Apokalyptiker. Etwa Elisabeth Gehr: 2030 würde ohne Gegenmaßnahmen das Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Pensionisten bereits bei eins zu eins liegen. Dann müssten entweder die Beiträge um 53 Prozent erhöht oder die Pensionen um 45 Prozent gekürzt werden. Oder man müsse das Antrittsalter um elf Jahre hinaufsetzen. Das ist so konkret, dass viele diese Zwangslage einsehen.

Aber wer merkt, dass andere Berufs- und Altersgruppen vielleicht ungeschoren davonkommen sollen, wird zum Protestwähler werden. Deshalb geht es darum, diverse Reservate, von den Beamten bis zu den Altpensionisten, aufzuknacken. Wenn Marin gegen „Extrawürstel“ (künftig höhere Anfangsgehälter und Abfertigungen) für Beamte wettert, so hat er dabei einen gewaltigen Vorteil: Er muss nicht gewählt werden. Genau so, wie Alfred Gusenbauer derzeit nicht belegen muss, wie er ein vernünftiges Budget erstellen würde. Die Fragen an ihn werden aber immer drängender werden.

**W**er in der Opposition ist, verspricht. Wer regiert, muss fürs Bezahlen sorgen. Doch allmählich wird dieses Spiel quälend unintelligent. Die demokratischen Rollenzwänge behindern Vernunft und Gemeinwohl. Neue Verhaltensweisen wären nötig. „Wenn öffentliche Repräsentanten zu bloßen Dienern werden, die die Befehle ihrer Bürger ausführen, an Stelle ihre Vertreter im echten Sinne des Wortes zu sein und auf die nachhaltige Prosperität und künftigen Interessen des ganzen Landes Bedacht zu nehmen, (. . .), würden Freiheit und Interessen nie gesichert sein.“ Dieses von J. F. Kennedy verwendete Zitat eines früheren US-Senators bemühte vor kurzem der tschechische Außenminister Svoboda anlässlich eines Besuchs in Wien. Es war auf Europas Zukunft gemünzt.

Doch der Sinn dieses Ausspruches trifft auf alle schwierigen Themenstellungen zu. Die Demokratie darf nicht zum Propaganda-Bazar verkommen, zum leichtfertigen Rollenspiel, je nachdem, wie es die egozentrischen Gruppeninteressen gerade verlangen. Der jeweilige Offenbarungseid kommt bestimmt. Dann werden allzu populistische Diener wieder fallen gelassen. Nur ist es halt ein ziemlich umständlicher Lernprozess.